

# Misereor-Jahresbilanzpressekonferenz

---

Berlin, 23. August 2022

Statement Pirmin Spiegel

Hauptgeschäftsführer

Werk für Entwicklungszusammenarbeit Misereor

**S P E R R F R I S T: Dienstag, 23. August 2022, 9.30 Uhr**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zur diesjährigen Pressekonferenz von Misereor.

Anna Dirksmeier ist unsere Afghanistan-Referentin. Auf meine Frage, wie es aktuell um die Ernährungslage am Hindukusch bestellt ist, antwortete sie mit nur einem Wort: „Schrecklich!“ 95 Prozent der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze, und viele befinden sich in der Gefahr, den kommenden Winter nicht zu überstehen. Nothilfen der Vereinten Nationen kommen zwar inzwischen wieder ins Land, sie erreichen aber nur einen Teil der bedürftigen Menschen und bleiben mengenmäßig weit hinter dem Notwendigen zurück. „Die humanitäre Krise kann sich schnell zu einer Sicherheitskrise ausweiten“, warnt Frau Dirksmeier.

Sehr geehrte Damen und Herren, sie teilen wohl meine Überzeugung, dass eine andere, gerechtere Welt und ein würdevolles Leben für alle Menschen möglich sind, wenn der politische Wille zu den dazu notwendigen Schritten besteht. Diese Überzeugung ist auf eine harte Probe gestellt, wenn ich die Berichte aus den Projektländern von Misereor lese, die mich in diesen Tagen erreichen.

Wir erleben eine Kaskade von globalen Krisen.

Neben den Sternstunden des Jahres 2015 mit dem Pariser Klima-Abkommen, der Verabschiedung der globalen UN-Nachhaltigkeitsziele und der Enzyklika Laudato si fällt das Gesamtpanorama der ersten beiden Dekaden des 21. Jahrhunderts weniger positiv aus: Terrorangriff auf New York am 11. September 2001, der folgende Terror in Afghanistan und Irak, dann 2008 / 2009 die Internationale Finanzmarktkrise, ab 2015 Flüchtlingsbewegungen Richtung Europa, die nur einen Teil der Flüchtlingsdynamiken in Ländern des globalen Südens ausmachen, nationalistisch-autoritäre Bewegungen in Ländern weltweit, ab 2020 die Pandemie, die Ungleichheiten weltweit verstärkt und Fortschritte in der Armutsbekämpfung zunichte gemacht hat, und 2022 Russlands Angriff auf die Ukraine.

Über die Folgen des Ukraine-Kriegs für den globalen Süden, vor allem für die Ernährungslage in zahlreichen Ländern, wurde in den vergangenen Monaten viel berichtet. Die Rückmeldungen unserer Partnerorganisationen zeigen, dass die vor uns liegenden Probleme tiefer reichen und vielfältige Ursachen haben. Unsere Lebensweise und Art zu Wirtschaften führen zu Ungleichheit und Umweltzerstörung. Billiges Konsumieren kann nicht oberste Priorität haben.

Stephen Nyodho Ador Majwok, Bischof der südsudanesischen Diözese Malakal, schrieb uns, dass die Lebensmittelpreise in seinem Land schon seit Ausbruch des Bürgerkrieges im Jahr 2013 massiv gestiegen

seien und es für große Teile der Bevölkerung immer schwerer geworden sei, sich genügend Essen zu kaufen. Gleichzeitig wurden große Teile seiner Diözese das dritte Jahr in Folge überflutet, so dass die Bäuerinnen und Bauern enorme Schwierigkeiten bei der Bestellung ihrer Felder hatten. In anderen Regionen blieb der nötige Regen wiederum aus – mit gleichfalls schlimmen Folgen für die Landwirtschaft.

Blicken wir nach Äthiopien: Aktuell leidet das Land sowohl an dem Bürgerkrieg im Norden des Staates als auch unter der schwersten Dürre seit Jahrzehnten. Durch Wasser-, Nahrungs- und Futtermangel sind Menschen und Tiere geschwächt, erkranken oder sterben. Im Nachbarland Somalia ist aufgrund der außergewöhnlichen Trockenheit die Hälfte der Bevölkerung (7,7 Millionen Menschen) von humanitärer Unterstützung abhängig. Etwa 4,1 Millionen Menschen haben akute Probleme, sich ausreichend zu ernähren.

Die Misereor-Referentin für Syrien, Karin Bräuer, berichtet, dass 14,5 der rund 21 Millionen Syrer\*innen unter mangelnder und unsicherer Versorgung mit Lebensmitteln leiden.

Der Jemen: Seit Beginn des dortigen Krieges im März 2015 ist die Zahl der Menschen, die auf Unterstützung durch Hilfsorganisationen angewiesen sind, kontinuierlich gestiegen. Verschärft wird die Lage durch die Blockade der Häfen, Treibstoffmangel, sintflutartige Regenfälle, ein massenhaftes Auftreten von Wüstenheuschrecken und die Corona-Pandemie. Seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges sind die Lebensmittelpreise um mehr als 150 Prozent in die Höhe geschneit.

Den vielen schlechten Nachrichten aus den genannten und weiteren Ländern setzen wir entschlossenes Handeln auf vielen Ebenen entgegen. Es geht um globale Solidarität, ums Teilen, um ein würdevolles und gutes Leben für alle. Weltweit sind genügend Nahrungsmittel verfügbar. Das eigentliche Problem besteht darin, dass sich Menschen aufgrund rasant gestiegener Preise keine ausreichenden Mengen an Essen mehr leisten können. „Wir erleben keine Nahrungsmittelkrise, sondern eine Bezahlbarkeitskrise“, hat Weltbankpräsident David Malpass gesagt.

Aus alldem ergeben sich für Misereor drei Forderungen: Die Verwendung von Nahrungsmitteln für die unmittelbare menschliche Ernährung sollte künftig klaren Vorrang haben. Aktuell landen noch fast 60 Prozent der deutschen Getreideernte in Futtertrögen von Viehbetrieben. Zweitens ist es dringend notwendig, Länder im globalen Süden unabhängiger von Nahrungsmittel-Importen zu machen. Der Weg zu diesem Ziel besteht in einer stärkeren Unterstützung von klimaresistenten und ökologischen Anbaumethoden in der Landwirtschaft. Zum dritten brauchen wir einen deutlichen Schub hin zu verstärktem Schutz von Böden und Gewässern, um das gesunde Überleben künftiger Generationen und die globale Artenvielfalt zu sichern.

Es geht darüber hinaus darum, europäische und deutsche Interessen zugunsten verarmter und verletzlicher Menschen im Süden zurückzustellen. Die Ursachen für Hungerkrisen liegen auch in der europäischen Finanz- und Handelspolitik. Die von Weltbank, IWF und verschiedenen Geldgebern seit Jahrzehnten vorangetriebene Exportorientierung in von Hunger betroffenen Ländern geht zu Lasten der Nahrungsmittelproduktion für deren eigene Versorgung. Zudem hat Deutschland für die Absicherung des hohen Energiebedarfs Europas in Ländern des Südens die Nutzung von Landflächen für den Export von Agrartreibstoffen bzw. den dafür notwendigen Rohstoffen vorangetrieben, was dort die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten weiter vergrößert.

Misereor setzt sich dafür ein, dass der Welthandel auf allen Feldern fair und insbesondere für Bäuerinnen und Bauern auskömmlich gestaltet wird. Wir wenden uns dagegen, dass wohlhabende Nationen zur Deckung ihres vermeintlichen „Bedarfs“ in der Regel eigene Interessen durchsetzen. Wir fordern einen konsequenten Schutz von Menschen in benachteiligten Ländern des Südens gegen Landnahme. Dazu gehört die Beendigung öffentlicher Kredite, Bürgschaften und weiterer öffentlicher Förderinstrumente für großflächige Agrar- und Bergbauinvestitionen auf Kosten kleinbäuerlicher Landwirtschaft. Wir erwarten entschiedene, effektiv regulierende Maßnahmen zur Eindämmung von Spekulationen auf Agrarmärkten, auf denen zum Schaden ärmerer Bevölkerungsgruppen auf steigende Lebensmittelpreise gewettet wird.

Das kann in der Konsequenz zum Beispiel bedeuten, bestimmte Agrarfinanzgeschäfte auszusetzen oder Handelslimits einzuführen.

Den eigenen Wohlstand auf Kosten anderer zu sichern, ist nicht zukunftsfähig. Mit Sorge sehen wir, dass Deutschland auf der Suche nach alternativen Gaslieferanten beabsichtigt, etwa mit dem Senegal Lieferverträge zu schließen, die in dem Land die Nutzung fossiler Ressourcen womöglich auf viele Jahre hinaus zementieren. Müsste stattdessen der Senegal nicht dabei unterstützt werden, seine Strukturen bei der Erzeugung erneuerbarer Energien auszubauen? Ein ähnlich zu hinterfragendes Signal geht von der Absicht der Bundesregierung aus, verstärkt Steinkohle aus Kolumbien einzukaufen, obwohl bei deren Förderung nachweislich Umwelt- und Menschenrechtsstandards massiv verletzt werden. Sieht so nachhaltiger, an Fairness orientierter Klimaschutz aus?

Wir brauchen eine Kultur des Genug, der Selbstgenügsamkeit, um die Ziele beim Schutz von Menschenrechten, des Klimas und der Umwelt zu erreichen.

Unser Land will 2045 klimaneutral sein. Doch die Ziele, die sich die neue Bundesregierung im vergangenen Jahr gesetzt hat, scheinen hierfür nicht ausreichend.

Ebenso reichen unsere Finanzmittel zur internationalen Klimafinanzierung nicht aus. Angesichts der Dynamik der Erderhitzung, die stärker ausfällt, als noch vor einigen Jahren vorhergesagt, sind sie zu erhöhen. Wir spüren an den Klimaveränderungen in Deutschland, dass jedes Zehntelgrad mehr an globaler Erhitzung massive Folgen für die Schöpfung hat. Das Positionieren der Bundesregierung, insbesondere bei der anstehenden Weltklimakonferenz Ende November in Ägypten, ist hoffentlich wegweisend.

Genügsamkeit sollte in unserem täglichen Leben die prägende Grundhaltung sein. Und das bedeutet eben auch, weniger Agrarfläche für die Erzeugung von Tierfutter oder Bioenergie zu nutzen und den Fleischkonsum zu bedenken. Was nach Verzicht klingt, kann befreiende Wirkung entfalten, zu mehr Lebensqualität und verbesserter Gesundheit führen.

Zum Schluss ein ausdrückliches Wort des Dankes. Misereor hat im vergangenen Jahr mit 63,1 Millionen Euro etwas weniger an Spenden erhalten als im Jahr 2020: 3,8 Millionen Euro. Angesichts von Corona-Lockdowns und einer stark eingeschränkt stattgefundenen Fastenaktion ist dies ein hervorragendes Ergebnis. Allen Spenderinnen und Spendern sage ich gerne im Namen unserer Partnerorganisationen im Globalen Süden von Herzen danke. Danken will ich ebenso allen Menschen, die uns – größtenteils über das Bündnis Entwicklung Hilft – für die Betroffenen des Ukraine-Krieges Geld gespendet haben. Da Misereor nicht in Osteuropa aktiv ist, werden diese Mittel an die Werke Renovabis und Caritas International weitergeleitet.

Insgesamt standen Misereor 2021 einschließlich der Gelder aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 247 Millionen Euro zur Verfügung, die für Projekt-, Bildungs-, Advocacy- und Lobbyarbeit in aktuell 86 Ländern Afrikas und des Nahen Ostens, Asiens und Ozeaniens, Lateinamerikas und der Karibik sowie in Deutschland eingesetzt werden. Aktuell unterstützt Misereor mehr als 3100 Projekte, die von rund 1800 Partnerorganisationen umgesetzt werden.

Danken will ich ebenso dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Näheres dazu wird Ihnen im Anschluss Prälat Dr. Karl Jüsten als Leiter der Katholischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe erläutern.

Der sorgfältige und transparente Umgang mit Spendengeldern bleibt für uns von zentraler Bedeutung. So hielten wir die Aufwendungen für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltung erneut niedrig. Sie hatten in unserem Gesamtetat 2021 einen Anteil von sechs Prozent. Einzelheiten der Bilanz entnehmen Sie bitte der Übersicht in unserem Jahresbericht und unserem Jahresevaluierungsbericht.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!